

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 58. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 18.09.2012, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Markt 7, Historisches Rathaus, Sitzungssaal, von 18:00 Uhr bis 20:30 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Detlef Pasbrig

Mitglied

Kerstin Zsikin
Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Brigitte Leuschner
Peter Ziehm
Frank Zimmermann

Sachkundige Einwohner

Jürgen Keil
Dietrich Kruse
Reinhard Leuschner
Joachim Sabiniarz

Mitarbeiter der Verwaltung

Peter Arning	FBL Bauwesen
Veit Böttcher	FBL Ordnungswesen
Bernhild Neumann	SBL Recht
Andreas Patzak	EBL Stadthof
Günter Rolle	SBL öffentliche Anlagen

Gäste

Andersch, Steffen	Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
Steckel, Marco	Opferberatung Dessau

abwesend:

Mitglied

Wolfgang Paul

Sachkundige Einwohner

Dagmar Kurschus
Günter Sturm

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 18.09.2012, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 21.08.2012	
4	Protokollkontrolle	
5	Berichterstattung über Projekte gegen Rechtsextremismus BE: Christoph Beyer; Projekt GegenPart-Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt	
6	Berichterstattung über Projekte für Opfer rechter Gewalttaten BE: Vertreter der "Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten Region Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg"	
7	Informationen zum Winterdienst 2012/13 BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	
8	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
9	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind der Ausschussvorsitzende und 5 Ausschussmitglieder anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit hergestellt.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Ausschussmitglieder stimmen über die Tagesordnung ab. Herr Pasbrig lässt sich von den Ausschussmitgliedern bestätigen, dass Herr Patzack im n.ö. Teil der Sitzung Rederecht bekommt. einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 21.08.2012</p> <p>Nachdem keine Einwände zum vorliegenden Protokoll festgestellt werden, kommt es zur Abstimmung darüber. einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 4</p>	<p>Protokollkontrolle</p> <p>Herr Kruse macht deutlich, dass er bezüglich der bereits mehrfach angesprochenen Verhältnisse an der Straße „Hinter dem Bahnhof“ noch immer keine befriedigende Antwort erhalten hat. Herr Böttcher teilt mit, dass die Eigentümer ermittelt und mit einer Fristsetzung bis zum 27.09.2012 angeschrieben sind. Herr Pasbrig spricht die Problematik zur Turmstraße 1 im OT Bobbau an, wozu Herr Arning ausführt, dass der Bauauftrag erteilt ist und in spätestens 14 Tagen erledigt sein sollte. In Steinfurth ging es um den Bereich Jörichauer Str./ Bergstraße, in dem es wegen der hohen Staubentwicklung zu Beschwerden durch die Anwohner kam. Herr Böttcher erklärt, dass der SB Stadtplanung demnächst eine verkehrsberuhigte Zone in den genannten Bereichen in Steinfurth vorsieht.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Berichterstattung über Projekte gegen Rechtsextremismus BE: Christoph Beyer; Projekt GegenPart-Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt Herr Pasbrig schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wegen des Sinnzusammenhanges gemeinsam zu behandeln. Dies wird von den Ausschussmitgliedern befürwortet. Herr Andersch geht auf das gesamtgesellschaftliche Problem ein, welches die Kommune und die Polizei nicht alleine bewältigen kann. Es sind zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen und Vereine gefragt. Es gibt ein Bundesprogramm und eine Förderung vom Sozialministerium in Sachsen-Anhalt. Über diese wird das Projekt „GegenPart Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt“ gefördert. Es gehört zum „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“. Damit sind 14 Mitarbeiter und 4 Träger beschäftigt. Herr Andersch legt dar, dass sein Team für den Bereich der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau und den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg zuständig ist und zum Einsatz kommt, wenn es bereits Vorfälle mit Diskriminierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gab. Hierzu wird Hilfe zur Selbsthilfe angeboten, d.h. es werden die Problemlagen analysiert und Lösungsstrategien gesucht. Mit</p>	

	<p>dem Projekt wird beim Aufbau von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Initiativen geholfen, die sich auch mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen.</p> <p>Herr Andersch geht weiter auf die Präsentation (s. Anlage 1 der Niederschrift) und ein konkretes Beispiel ein.</p> <p>Er teilt mit, dass in diesem Zusammenhang auch Schulungen für Mitarbeiter in Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten werden.</p> <p>Bezüglich der Möglichkeiten für eine Jugendfreizeiteinrichtung, ordnungsrechtlich etwas zu bewirken, zeigt Herr Andersch auf, dass z.B. mit einer Hausordnung auf die Kleidung Einfluss genommen werden kann. Dabei müssen die jugendlichen Nutzer beteiligt werden.</p> <p>Herr Sabiniarz stellt fest, dass es in öffentlichen Einrichtungen und in Vereinen an Personal mangelt, die sich für die Thematik interessieren und sensibel auf Anzeichen reagieren können. Solche Stellen werden, wenn überhaupt, meist durch Kräfte aus dem 2. Arbeitsmarkt besetzt, was heißt, dass diese nur befristet sind. Er wünscht sich schnellere Reaktionen bei solch auffälligen Schmierereien, wie sie in Greppin zu beobachten sind.</p> <p>Herr Pasbrig weist auf die Möglichkeit hin, die hier Anwesenden zu Rate zu ziehen, wenn es Bedarf gibt, da es für Vereine und Kommunen auch eine Kostenfrage ist, Arbeitskräfte dafür einzustellen.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzius stellt u.a. die Frage in den Raum, ob man nicht in der Lage ist, die NPD zu verbieten und so klare Verhältnisse zu schaffen, um auch rechtlich vorgehen zu können.</p> <p>Herr Steckel ist seit 2005 Leiter der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten. Diese Aufgabenschwerpunkte sind in folgende 3 große Arbeitsbereiche gegliedert: zivilrechtliche Fragen, Opferentschädigung und die Unterstützung in der zivilen Gesellschaft. Herr Steckel geht auf die Jahresbilanz 2011 anhand einer Tischvorlage ein.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzius erklärt an einem Beispiel, dass bei einer Gerichtsverhandlung ein offensichtlicher Hinweis auf Rechtsextremismus ggf. aus Unwissenheit nicht erkannt wurde und ist der Meinung, dass diesbezüglich bedeutend mehr geschult werden muss und somit ein Wegsehen nicht gerechtfertigt ist. Er geht diesbezüglich auch auf die dt. Geschichte, die Rolle der Justiz dabei ein und mahnt rechtzeitige Reaktionen an.</p> <p>Herr Pasbrig macht auf die Aktivität des Heinrich-Heine-Gymnasiums aufmerksam, welches sich intensiv mit der Thematik „Stadt ohne Rassismus-Stadt mit Courage“ befasst.</p> <p>Herr Steckel signalisiert, sich diesbezüglich mit dem Gymnasium in Verbindung zu setzen.</p>	
<p>zu 6</p>	<p>Berichterstattung über Projekte für Opfer rechter Gewalttaten BE: Vertreter der "Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten Region Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg" siehe TOP 5</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Informationen zum Winterdienst 2012/13 BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen</p> <p>Herr Arning informiert, dass das Winterdienstdokument in Arbeit ist. Im Unterschied zur vergangenen Wintersaison sind die Objekte wie Schulen und Kita`s, sowie Feuerwehren einbezogen worden. Das Vergabeverfahren für den Bereich Brücken, Bushaltstellen, Parkplätze, Fußgängerüberwege, sämtliche städtische Gehwege im OT Bitterfeld, sämtliche Gehwege, an denen die Stadt im OT Greppin und OT Holzweißig Grundstückseigentümer ist, läuft momentan. Alle übrigen Leistungen werden weitergeführt, wie</p>	

	<p>langfristig vorgeplant (5Jahresvertrag mit den Firmen). Danach werden die OT Wolfen, OT Thalheim und OT Teilbereiche vom OT Bobbau vom Eigenbetrieb OT Holzweißig, OT Bitterfeld OT Greppin über bereits bekannte Vergaben bewirtschaftet. Die Vergabe wird am 06.11.2012 zum BuVA zu erwarten sein. Herr Arning weist auf den Angebotstermin 27.09.2012 hin und auf die der Hauptsatzung entsprechend zu beachtende Veröffentlichung im Amtsblatt. Der Winterdienst ist durch die geänderte Straßenreinigungssatzung nicht berührt.</p> <p>Auf Anfrage von Hr. Pasbrig teilt Herr Arning mit, dass es wieder Ansprechpartner im Sachbereich Tiefbau geben wird und außerhalb der Sprechzeiten wird es kurze Informationswege zwischen dem Bereitschaftsdienst der Stadt und den für den Winterdienst zuständigen Firmen geben. Die Ansprechpartner werden öffentlich bekanntgemacht. Kontrollen werden im Rahmen der Möglichkeiten und Kapazitäten durch zuständige Mitarbeiter durchgeführt. Zu den Nachtzeiten wird die Kat-Leitstelle Ansprechpartner sein.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Herr Pasbrig teilt mit, dass künftig Herr Benedix nicht mehr Leiter des Kommissariats im OT Bitterfeld sein wird und drückt sein Bedauern darüber aus. Herr Benedix wird im LK Wittenberg eingesetzt werden. Gleichzeitig beglückwünscht er Herrn Ziehm, der diese Position übernehmen wird und wünscht ihm viel Erfolg.</p> <p>Herr Ziehm tut in diesem Zusammenhang kund, dass er auf Grund dessen nicht mehr in diesem Ausschuss tätig sein wird, aber selbstverständlich im Rahmen seiner Tätigkeit dem Ausschuss zur Verfügung stehen wird.</p> <p>Herr Pasbrig fragt Herrn Böttcher nach dem Stand der Risikobedarfsanalyse.</p> <p>Herr Böttcher teilt mit, dass vom Landkreis ein großer Gesprächsbedarf angemeldet wird, da es um viele Korrekturen und Ergänzungen (8 Seiten) geht. Es ist für den 21.09.2012 ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht geplant, um tatsächliche, nicht nur redaktionelle Änderungen zu besprechen. Wann die Risikobedarfsanalyse wieder beraten werden kann, ist momentan nicht festlegbar.</p> <p>Herr Pasbrig regt bezüglich der Straßenreinigungssatzung an, zu prüfen, ob die alte Straßenreinigungssatzung wieder in Kraft gesetzt werden sollte und wie viel der Kehrmeter kosten würde. Er weiß von vielen Bürgern, die signalisiert haben, lieber wieder die Kosten der Straßenreinigung zu tragen. Es müsste auch eine Lösung gefunden werden, wie Straßen und Kanäle gereinigt werden, wenn parkende Fahrzeuge hinderlich sind. Zurzeit müssen die Kanalreinigungsfirmen eine Straßensperrung beantragen, was mit Kosten verbunden ist und letztlich von der Stadt getragen werden muss.</p> <p>Frau Leuschner bemängelt die Straßenreinigung in den Bereichen, für die die Stadt zuständig ist.</p> <p>Herr Pasbrig und Herr Arning werden sich noch verständigen, wann die Straßenreinigungssatzung im Ausschuss diskutiert werden kann. Es wird die Problematik der Laubsäcke angesprochen. Hierzu kann noch keine verbindliche Aussage getroffen werden.</p> <p>Herr Leuschner berichtet von der Umverlegung einer Bushaltestelle am Pistorplatz in die Ertelstraße (Nr. 7 und Nr. 8). Der Bus und alle anderen Fahrzeuge fahren jetzt permanent über die Gullydeckel, wobei einer einzufallen droht (Straßenmitte). Er fragt weiter an, ob die einseitige Sperrung in der Ignaz-Stroof-Str. noch erforderlich ist.</p>	

zu 9	Schließung des öffentlichen Teils Der Ausschussvorsitzende schließt um 19:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	
-------------	--	--

gez.
Detlef Pasbrig
Ausschussvorsitzender

gez.
Kerstin Freudenthal
Protokollantin